



NEWSLETTER

2/2020



Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung: Diskussion über ein zukunftsfähiges Bildungssystem



5. Austausch - Sozialdemokratischer Energiewende-Appell



Herzlichen Glückwunsch an den neuen Juso-Vorstand im Kreis Herzogtum Lauenburg!



33. Verleihung des Olof-Palme-Friedenspreises der SPD Stormarn in Reinbek

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Newsletter 2/2020 (1. Februar bis 3. März) berichte ich über aktuelle Themen, u.a. aus den Sitzungswochen des Bundestages und der SPD Grundwertekommission. Neben den Terminen im Wahlkreis besuchte ich auch meinen Betreuungswahlkreis – auf Einladung der SPD Bad Oldesloe und der SPD Bargteheide. Den Wahlkampf der SPD Hamburg unterstützte ich unter anderem im Rahmen einer Veranstaltung in Bergedorf; eine Einladung der SPD Lübstorf führte mich nach Nordwestmecklenburg. Ebenfalls enthalten ist eine Befassung mit den demokratiefeindlichen Entwicklungen von rechts, der Wahlrechtsreform und auch mit der Situation der Geflüchteten in Griechenland.

Anregendes Lesen wünscht
Ihnen und euch



Positionen

Wehrhafte Demokratie – wo beginnt sie?

Der jüngste terroristische Anschlag in Hanau auf Menschen in Shisha-Bars zeigt einen Zusammenhang zwischen rassistisch motivierten Morden und dem Wirken der AfD. Dieser Zusammenhang ist für unsere Demokratie umso gefährlicher, wenn er nur mittelbar besteht, wenn ‚geistige Brandstiftung‘ mangels beweisbarer Ursächlichkeit nicht unmittelbar verfolgt werden kann. Dennoch ist ein Zusammenhang offenkundig, wenn etwa berücksichtigt wird, dass auf AfD-Plakaten wiederholt Shisha-Bars als Feindbilder fungieren oder wenn etwa die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, in einem Atemzug von „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierten Messermännern und sonstigen Taugenichtsen“ spricht – ganz zu schweigen von den Äußerungen ihres Fraktionsvorsitzenden-Kollegen Alexander Gauland, der die Nazizeit als Vogelschiss in der deutschen Geschichte bezeichnete und aus einer Rede mit den Worten zitiert wird, die SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz sei in Anatolien zu „entsorgen“.

Auch wenn es mir widerstrebt, durch obige Zitate selbige hiermit zwangsläufig auch weiter zu verbreiten, so scheint mir dies zugleich unausweichlich, um auf die rassistische Gesinnung der AfD hinzuweisen – im Dienste einer wehrhaften Demokratie.

Für mich besteht kein Zweifel, dass die AfD ein politischer Arm von Rassismus und Rechtsradikalismus ist und damit sowohl eine Bedrohung für Leib und Leben als auch für unsere Demokratie darstellt. In diesem Sinne sollte auch ein Verbotantrag diskutiert werden, zumal das Unterlassen eines solchen Schrittes längerfristig legitimierende Wirkung hätte.

Verbreitet wird eine Differenzierung zwischen der AfD und ihren Wählerinnen und Wählern vorgenommen. Sicher mag es nach wie vor Menschen geben, die „nur“ aus Protest oder Unbedachtsamkeit die AfD wählen. Aber befreit sie dies von ihrer politischen Verantwortung? Nein, denn durch ihre Stimme werden sie Teil einer demokratisch gewählten Kraft von Feinden der Demokratie.

Ein Blick nach Thüringen verdeutlicht exemplarisch, dass demokratisch gewählte Abgeordnete noch lange nicht im Dienste der Demokratie und von Rechtsstaatlichkeit unterwegs sind: Wer legitimiert ist, den Ministerpräsidenten des Landes zu wählen und diese Legitimation „verwendet“, um die Wahl des eigenen Kandidaten nur vorzutäuschen, sägt an den Funktionsweisen des Rechtsstaates.

Auf die genannte Verantwortung hinzuweisen und selbige zu übernehmen ist die Aufgabe von allen Bürgerinnen und Bürgern und auch rechtsstaatlicher Parteien. An alle gerichtet gilt, dem demokratisch verkleideten Rechtsextremismus entlarvend entgegen zu treten und durch gemeinwohlorientierte Arbeit in Parteien. Der Aufstand gegen Rechts muss zugleich eine verstärkte Mitgliedschaft und Versammlung von DemokratInnen in Parteien sein. Auch hier beginnt wehrhafte Demokratie.

Zur Diskussion: Idee zur Wahlrechtsreform

Sowohl durch ein verändertes Wahlsystem, das auf Grundlage einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts den Ausgleich von Überhangmandaten vorsieht, als auch durch eine gestiegene Anzahl an im Bundestag vertretenen Parteien ist der Deutsche Bundestag aktuell auf 709 Abgeordnete angewachsen. Umfragen und Berechnungen besagen, dass mit der nächsten Bundestagswahl ein weiterer Aufwuchs in Richtung 750 oder 800 Bundestagssitze entstehen könnte. Auch wenn ich mich dagegen verwehre, die Größe des Parlaments zu problematisieren, da dann schnell die „Demokratie als Kostenfaktor“ verhetzt wird, sollte darauf geachtet werden, dass die zugleich geltende Regelgröße (598) nicht über ein gewisses Maß



überschritten wird, insofern dies mit einem gleichermaßen gerechten Wahlsystem vermieden werden kann.

So wurden in den letzten Monaten verschiedene Modelle diskutiert, darunter etwa auch das Modell, die Wahlkreise zu vergrößern bzw. der Anzahl nach zu reduzieren, um auf diesem Weg trotz Überhang- und Ausgleichsmandaten die absolute Zahl an Abgeordneten in Grenzen zu halten. Dieses Modell wurde von der SPD-Fraktion meines Erachtens richtigerweise abgelehnt: Mit größeren Wahlkreisen wäre es für die Abgeordneten insbesondere in Flächenwahlkreisen schwerer, vor Ort präsent zu sein. Die räumliche Entfernung würde sich auch als Entfernung zu den Bürgerinnen und Bürgern niederschlagen – notgedrungen.

Insofern begrüße ich, dass sich die SPD-Fraktion Ende Februar (mit Beschluss vom 3. März) auf ein Modell unter Beibehaltung der heutigen Wahlkreisanzahl (299) verständigt hat. So brachte ich – unabhängig von ähnlichen Ansetzten Dritter – eine Idee ein, die in dem nun gewählten Ansatz enthalten ist, wonach eine weitere, gesonderte Voraussetzung zur Erlangung eines Direktmandates geschaffen wird. Es soll dann für die Erlangung des Direktmandats nicht mehr nur das Erreichen der meisten Erststimmen in einem Wahlkreis maßgeblich sein, sondern hierzu ergänzend das Verhältnis zum jeweils landesweiten Zweitstimmenergebnis und einer absoluten bundesweiten Kappungsgrenze von 690 Abgeordneten. Denn: Wenn mit heute deutlich mehr Parteien ein Direktmandat auch schon mit nur einem Viertel oder weniger der abgegebenen Stimmen erreicht werden kann und ein, zwei oder sogar drei BewerberInnen ähnlich starke Ergebnisse erzielen, stellt sich dabei ohnehin die Frage, inwieweit jedes Direktmandat allein durch die Stimmenmehrheit die hinreichende Legitimation zu Erlangung eines Direktmandates erhält. Da für eine umfassende Reform derzeit zu wenig Zeit verbleibt, soll dies aber zunächst als Übergangsregelung (nur) für die kommende Wahl gelten.

Ebenfalls aufgegriffen werden soll unser Anliegen, eine gleichberechtigte Vertretung von Männern und Frauen in den Parlamenten zu erreichen. Leider ist der Anteil der Frauen im Deutschen Bundestag derzeit so gering wie seit Ende der 1990er Jahren nicht mehr. „Verantwortlich“ sind hierfür insbesondere AfD, FDP und CDU/CSU. Mit einer Pflicht zum „Reißverschluss“ bei Aufstellung der Landeslisten kann dem entgegen gewirkt werden.

Die Ausführungen entsprechen im Einzelnen den folgenden Maßgaben:

- Die Regelgröße des Bundestages bleibt bei 598 Abgeordneten. Die Anzahl der Wahlkreise bleibt unverändert bei 299.
- Zur Wahl werden nur Parteien zugelassen, deren Landeslisten paritätisch abwechselnd mit einem Mann und einer Frau oder umgekehrt besetzt sind.
- Als maximale Obergrenze wird die Zahl von 690 Abgeordneten im Gesetz festgeschrieben.
- Bis zur Erreichung der Obergrenze werden alle Überhang- und Ausgleichsmandate entsprechend ihres Zweitstimmenergebnisses zugeteilt. Dabei entfällt der 2013 eingeführte erste Verrechnungsschritt.

- Alle über die Obergrenze hinausgehenden Überhangmandate werden nicht mehr zugeteilt. Der Zweitstimmenproporz bleibt erhalten.
- Die Übergangsregelung bleibt bis zur Umsetzung der Ergebnisse der Reformkommission in Kraft.

Zudem verständigte man mit dem SPD-Vorschlag auf die Einsetzung einer Reformkommission:

- Die Reformkommission setzt sich detailliert mit allen Reformoptionen auseinander und gibt eine Empfehlung für ein nachhaltiges Wahlrecht ab.
- Die Reformkommission entwickelt Empfehlungen zur Modernisierung der Parlaments- und Wahlkreisarbeit sowie zur Dauer der Legislaturperiode.
- Die Reformkommission beschäftigt sich mit der gleichberechtigten Repräsentanz von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag, um langfristig das Ziel der Parität im Parlament zu erreichen.
- Die Reformkommission setzt sich aus Abgeordneten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammen.

Nun gilt es, diesen Vorschlag mit dem Koalitionspartner und auch den Oppositionsfraktionen zu diskutieren. Sofern es keine Einigung geben sollte, müsste das heute geltende Wahlrecht beibehalten werden.

Themen

Mietpreisbremse

Gegen den Widerstand der Union konnte die SPD-Bundestagsfraktion die Verlängerung der so genannten Mietpreisbremse durchsetzen. Ohne eine neue gesetzliche Regelung wäre die Mietpreisbremse in einigen Bundesländern schon 2020 ausgelaufen. Mit dem Gesetz, das der Bundestag am 14. Februar in 2./3. Lesung beschloss, haben die Länder nun die Option, Regelungen zur Mietpreisbremse um weitere fünf Jahre, bis zum 31.12.2025, zu verlängern (Drs. 19/15824). Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit der Neuregelung auch auf eine



Verschärfung hingewirkt: Zu viel gezahlte Miete kann künftig rückwirkend ab Beginn des Mietverhältnisses für bis zu 30 Monate zurückgefordert werden.

Zurzeit gilt das erst ab dem Zeitpunkt einer Rüge. Diese Neuregelung geht über die Einigung im Koalitionsvertrag hinaus.

Schleswig-Holsteins Mieterinnen und Mieter werden hiervon leider nicht profitieren: Die Jamaika-Koalition ließ die Mietpreisbremse (sie bezog sich auf Neuvermietungen) bereits zum November 2019 auslaufen. Auch die Kappungsgrenze, die Mieterhöhungen bei bestehenden Verträgen begrenzt, wurde wieder auf das gesetzliche Maximum hochgefahren. 2014 wurde – unter der SPD-geführten Landesregierung – eine verringerte Kappungsgrenze in ausgewiesenen Gebieten eingeführt. Dies betraf auch Ahrensburg, Ammersbek, Bargtheide, Barsbüttel, Glinde und Wentorf. Damit durften hier die Mieten innerhalb von drei Jahren nur noch um maximal 15 % steigen – heute sind es wieder bis zu 20 %. Dies ist ein drastischer Rückschritt in Fragen eines gerechten Zugangs zu Wohnraum in der Metropolregion.

Solange nicht ausreichend bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist, verschärft die Entscheidung der Jamaika-Koalition die problematische Situation auf dem Wohnungsmarkt.

Aufstiegs-Bafög

Am 14. Februar beschloss der Bundestags in 2./3. Lesung den Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (Drs. 19/15273), der zum 1. August 2020 in Kraft treten wird. Auf die Reform hatte die SPD-Bundestagsfraktion lange gedrungen.

Das Aufstiegs-Bafög richtet sich an Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die beispielsweise eine Meisterausbildung an ihre Grundqualifikation anschließen möchten.

Damit kommt die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung voran. Die beschlossene Neuregelung umfasst etwa höhere Zuschüsse zu Prüfungs- und Lehrgangskosten, geringere Gebühren für bestandene Prüfungen und die komplette Übernahme der Unterhaltskosten während einer Vollzeitmaßnahme.

Dies unterstützt vor allem Frauen, die häufiger eine Aufstiegsfortbildung in Vollzeit absolvieren. Oftmals betrifft dies soziale Berufe, wie den der staatlich anerkannten Erzieherin. Ebenfalls enthalten ist auch die Erhöhung des Kinderzuschlags, der Eltern während der Fortbildung finanziell entlastet. Der Unterhaltsbeitrag pro Kind und Ehepartner (je 235 Euro) wird zu 100 Prozent als Zuschuss gewährt (bisher zu 45 beziehungsweise 50 Prozent als Darlehen). Der Kinderbetreuungszuschlag für Alleinerziehende wird von 130 auf 150 Euro pro Monat erhöht. Zudem steigt das Höchstalter für die Berücksichtigung von betreuungsbedürftigen Kindern von zehn auf 14 Jahre.

Um die Zielgruppen besser zu erreichen, wird künftig die Öffentlichkeitsarbeit für das Aufstiegs-Bafög intensiviert werden. In einem Entschließungsantrag forderten die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung zudem auf, die Ziele des Gesetzes zu

evaluieren – dabei sollen Hemmnisse und Hürden der Zielgruppen, das Weiterbildungsverhalten und Abbruchquoten sowie deren Gründe untersucht werden.

Verantwortung in Europa für Geflüchtete

Aufgrund der sich an der griechisch-türkischen Grenze und auch in Griechenland selbst für die Geflüchteten verschärfenden Situation diskutierten wir in der SPD-Bundestagsfraktion über Lösungswege. Viele Genossinnen und Genossen sprachen sich für die sofortige Aufnahme von Flüchtlingen aus. Es ist gleichwohl kein geschlossenes Meinungsbild, was die Frage nach einer europäischen Lösung betrifft. Letztlich verständigte sich die SPD-Fraktion auf einen Beschluss, der dann auch als gemeinsame Persönliche Erklärung eines Großteils der Fraktion öffentlich wurde und der die Aufnahme von Geflüchteten auch mit nur einigen Europäischen Partnern vorsieht. Das Warten auf eine gesamteuropäische Lösung wird der Situation vor Ort nicht gerecht und ist mit unseren auch europäischen Wertmaßstäben nicht vereinbar.

Zur Persönlichen Erklärung: <https://www.nina-scheer.de/persoentliche-erklaerung-humanitaere-situation-fuer-asylsuchende-in-griechenland/>

Meine – darüber hinaus gehende – persönliche Meinung ist, dass wir auch im Alleingang zumindest unbegleitete Minderjährige sofort aufnehmen sollten. Das habe ich in der Fraktion auch erklärt. Diese Haltung wurde mehrheitlich geteilt. Auf dieser Grundlage zielt der Fraktionsbeschluss auf den oben benannten Weg, mit einigen wenigen EU-Staaten in einer „Koalition der Vernunft“ Menschen aufzunehmen. So muss man nicht auf die gesamteuropäische Verständigung warten, die wahrscheinlich nie oder zumindest für die leidenden Menschen viel zu spät kommen wird.

Grundrente



Am 19. Februar hat das Kabinett die Grundrente beschlossen; nun startet das parlamentarische Verfahren. Die Grundrente wurde von der SPD durchgesetzt. Sie muss die Lebensleistung der Menschen anerkennen und soll richtigerweise keine Bedürftigkeitsprüfung enthalten, obwohl dies der Koalitionsvertrag noch so vorsah. Die Union setzte im Kabinett allerdings eine Bedarfsprüfung durch, die nicht beim Vermögen, aber bei den Einkünften ansetzt.

Weitere Informationen zur Grundrente unter: <https://www.spdfraktion.de/themen/bundesregierung-beschliesst-grundrente>

SPD-Bundestagsfraktion: Positionspapier zu Cannabis

Mit dem am 11. Februar 2020 verabschiedeten Positionspapier hat sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine Abkehr von der bisherigen Cannabis-Verbotspolitik in Deutschland ausgesprochen. Der Besitz kleiner Mengen Cannabis zum Eigengebrauch soll danach nicht mehr strafrechtlich verfolgt, sondern nur noch als Ordnungswidrigkeit behandelt werden.

Das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion ist hier nachzulesen: <https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-cannabis-neue-wege-gehen-20200211.pdf>

Bericht aus der Grundwertekommission



Regelmäßig trifft sich die SPD-Grundwertekommission (Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand), deren Mitglied ich seit 2011 bin.

Gast der Sitzung am 21. Februar 2020 war der SPD-Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans, der die bisherigen politischen Planungen für die nächsten Monaten vorstellte. Dem schloss sich eine Diskussion darüber an, welche Rolle dabei die

Grundwertekommission einnehmen kann und soll.

Weitere Informationen zur Grundwertekommission finden sich unter:

<https://grundwertekommission.spd.de/>

Reden



Beratung des Antrages der AfD-Fraktion: Atommüll-Endlager vermeiden – Hochradioaktive Reststoffe verwerten, 14. Februar 2020

<https://www.nina-scheer.de/rede-afd-fordert-ein-atommuell-endlager-zu-vermeiden>

Medienspots

- **Sanierung der Deutschen Bahn: Mehr Geld allein reicht nicht**
Deutschlandfunk, 1. Februar 2020
Link zum Beitrag: https://www.deutschlandfunk.de/sanierung-der-deutschen-bahn-mehr-geld-allein-reicht-nicht.724.de.html?dram:article_id=469329
- **„Wasserstoffantriebe haben Vorteile“ - Interview im Magazin der Naturfreunde Deutschlands**
Naturfreundin 1/2020, S. 14

Link zum Magazin: https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/naturfreundin_1-20_2.pdf



Viele tolle Frauen kämpfen Tag für Tag für ein besseres Klima & eine gerechte Energiewende. 100 Prozent Erneuerbar! #Weltfrauentag ♀
Z.B. @climatmorgan @ABaerbock @Ingrid_Nestle @julia_verlinden @badulrichmartha @chrlins @SabineNallinger @AnjaSiegesmund @CKemfert @NinaScheer_SPD



Eigene Veranstaltungen

5. Austausch - Sozialdemokratischer Energiewende-Appell

Ende Februar setzte sich der Austausch mit Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern des von mir initiierten Sozialdemokratischen Energiewende-Appells aus dem gesamten Bundesgebiet fort. Es war das nunmehr 5. Treffen und zählte ca. 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.



Bereits im letzten Jahr wurde unter www.energiewende-appell.de eine Text-Box geschaffen, in der beschlossene Anträge gesammelt werden können, vgl. <https://energiewende-appell.de/text-box>. Damit ein regelmäßiger digitaler Austausch und Vernetzung zum Sozialdemokratischen Energiewende-Appell erfolgen kann, ist zudem ein E-Mail-Forum bzw. ein E-Mail-Verteiler eingerichtet worden. Alle Interessierten können sich hier in den Verteiler eintragen lassen: <https://energiewende-appell.de/e-mail-forum>.

Einigkeit bestand, dass mit dem entwickelten bundesweiten Energiewende-Netzwerk sowie den hier ausgetauschten Positionen und Texten bereits eine deutliche Verdichtung von Energiewende-Forderungen auch in den Antragstexten zum Bundesparteitag bewirkt wurden. Nach meinem Input über aktuelle Gesetzesvorhaben aus dem Bereich Klima und Energie tauschten wir uns intensiv über Handlungsbedarfe aus, etwa dass bestehende Hemmnisse beim Ausbau Erneuerbare Energien dringend beseitigt werden müssen. Es schloss sich ein Schwerpunkt zu Wasserstoff mit einem Input über ‚Einsatz von Wasserstoff im zukünftigen Energiesystem‘ an, den Dr. Matthias Jahn, Fraunhofer-Institut für

Keramische Technologien und Systeme IKTS hielt.



Abschließend verabredeten die TeilnehmerInnen die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft ‚Klima und Energie‘ in der SPD beim Parteivorstand vorzubringen und gleichzeitig einen Brandbrief mit Forderungen und Vorschlägen zur Entwicklung der Erneuerbaren Energien und zur Verbesserung der Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland zu verfolgen sowie einen Austausch mit den Parteigremien zu halten.

Auf Einladung (Auswahl)

Roter Salon in Bergedorf: Klimaschutz mit der SPD

Auf Einladung von Peri Arndt, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und zusammen mit der SPD Bergedorf referierte und diskutierte ich gemeinsam mit Gert Kekstadt, agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, am 19. Februar bei einem sogenannten ‚Roten Salon‘ zum Thema ‚Klimaschutz mit der SPD‘.



Foto: Karen Bruns

Viele Fragen aus dem gut besetzten Publikum bewegten sich rund um das im November 2019 beschlossene Klimaschutzgesetz und die Energiewende, darunter auch die Frage nach Rahmenbedingungen für Landstromnutzung für im Hamburger Hafen anlegende Schiffe, insbesondere Kreuzfahrtschiffe, damit diese vor Ort ihre luftverschmutzenden Dieselgeneratoren abschalten. Aktuell nutzt nur eins von 40 Kreuzfahrtschiffen die 2016 gebaute Landstromanlage im Hamburger Hafen. Derzeit gibt es weltweit nur 14 Landstrom-Terminals. Alternativ zur viel diskutierten Reduktion oder Befreiung von der EEG-Umlage für Schiffe zugunsten von Landstromnutzung, die jährlich ca. 1,6 Mio. Euro umfasst, könnten anlegende

Schiffe vor Ort zur Nutzung von Landstrom verpflichtet werden. Letztlich muss aber auch für Schiffe der Umstieg auf alternative Antriebstechnologien erreicht werden.

Anders als verbreitet angenommen, ist LNG hierbei keine Lösung, da der Einsatz dieses Flüssiggases Methan freisetzt, das ca. 20 bis 40 Mal klimaschädlicher als CO₂ ist. Auch dies ist ein Grund, verstärkt auf Wasserstoff auf Basis Erneuerbarer Energien zu setzen. Hierfür muss deren Ausbau beschleunigt ausgedehnt werden.

Energiepolitischer Fachbeirat der SPD-Landtagsfraktion

Auf Einladung von Sandra Redmann, Vorsitzende des Arbeitskreises Umwelt, Energie und ländliche Räume der SPD-Landtagsfraktion, und Thomas Hölck, Energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, referierte ich am 20. Februar 2020 beim Energiepolitischen Fachbeirat über die Bedeutung von Wasserstoff für die Energie- und Industriewende. Für Schleswig-Holstein besonders relevant:



Wasserstoff bietet viele Vorteile, etwa als Speicher für überschüssige Windenergie oder zur Verwendung von regenerativem Strom im Schwerlastverkehr, inkl. Schiffsverkehr. Durch die unmittelbare Kopplung mit einer Elektrolyseanlage könnte deutlich mehr Windstrom genutzt werden, bei gleichzeitiger Minderung des Netzausbaubedarfs. Damit wachsen auch die Ausbauoptionen für Windenergie in Gebieten, in denen heute mangelnde oder überlastete Netze dem Ausbau von Windenergie entgegen gehalten werden. Zudem ist die Wasserstoffnutzung eine riesige Chance für einen zukunftsorientierten Mobilitäts-Arbeitsmarkt im Zuge der Energie- und Mobilitätswende.

Austausch mit dem Landesverband der Schaf- und Ziegenzüchter e.V.

In Kiel traf ich mich mit der Verbandsspitze des Landesverbandes Schaf- und Ziegenzüchter e.V., um über die aktuelle Situation der Schafhaltung in Schleswig-Holstein, den Wolf und die erst im Dezember 2019 verabschiedete Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes zu sprechen. Verdeutlicht wurde insbesondere die ökonomische Last der Schäfer und Schafzüchter im Wettbewerb mit importiertem Fleisch aus Neuseeland und auch England. Meines Erachtens muss noch deutlich mehr für den Erhalt heimischer Schafzucht geleistet werden, damit diese nicht durch Importkonkurrenz verdrängt wird. Im Zusammenhang mit Schutzmaßnahmen vor Angriffen durch Wölfe wurde deutlich, dass der individuelle Aufwand der Schäfer im

Zusammenhang mit den beweglichen Zäunen in einem nicht zu erwirtschaftenden Verhältnis zum Arbeitsaufwand steht. Bei der Förderung muss noch mehr auf die besondere Situation der Schafhaltung geachtet werden.



Bei der Förderung der Weidetierhaltung wies ich auf eine Stärkung der zweiten Säule hin – die Förderung der ländlichen Entwicklung, bis spätestens ab 2021. Dann erhöht sich der Spielraum für die Bundesländer zur Stärkung von Umweltmaßnahmen und tierwohlorientierten Leistungen. Zudem erläuterte ich die von der SPD-Bundestagsfraktion verfolgte Reform der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik): Land- und Forstwirtschaft müssen in die Lage versetzt werden, betriebswirtschaftlich lohnend und gleichzeitig nach den Kriterien einer ökologischen und klimaschutzorientierten Landwirtschaft zu wirtschaften.

Diskussionsabend zur Klimapolitik in Lübstorf

„Klimapaket. Was kommt nun?“ lautete die Überschrift des Diskussionsabends, zu dem mich die SPD Lübstorf für den 25. Februar nach Nordwestmecklenburg eingeladen hatte. Anlass für die öffentliche Veranstaltung war unter anderem die Kritik führender Umweltorganisationen am geplanten Kohleausstiegspfad und das Verschleppen notwendiger Entscheidungen, die für ein Gelingen der Energiewende und den beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien maßgeblich sind.



Auch in Lübstorf verdeutlichte ich: Bundesminister Peter Altmaier hat den Verlust zehntausender Arbeitsplätze zu verantworten, wenn nicht umgehend sowohl der sogenannte 52 GW-PV-Deckel zum Ausbau von Solarenergie gesetzlich beseitigt wird, als auch die bestehenden Hemmnisse zum Ausbau der Windenergie an Land beseitigt werden.

Die Zahlen sind alarmierend: 2019 wurde der geringste Zubau seit 2000 verzeichnet – im ersten Halbjahr 2019 betrug der Zubau lediglich 287 Megawatt, was mit 86 Anlagen gleichzusetzen ist. Im gleichen Zeitraum wurden 51 Altanlagen abgeschaltet.

Gesprächsrunde zum Thema Endlagersuche

Auf Einladung von der niedersächsischen Landtagsabgeordneten Andrea Schröder-Ehlers war ich am 28. Februar in Lüneburg zu Gast. Thema der Gesprächsrunde war die Suche nach einem Endlager für Atommüll. Als Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Atomenergie erläuterte ich die nächsten Schritte der Endlagersuche. Ebenfalls teilnahm Asta von Oppen von der Rechtshilfe Gorleben e.V..

Unterwegs im Wahlkreis (Auswahl)

Neujahrsempfang der SPD Bad Oldesloe

Gerne besuchte ich den Neujahrsempfang der SPD Bad Oldesloe in der Stormarner Kreisstadt, die seit der Bundestagswahl 2017 in meinem Betreuungswahlkreis liegt.



Björn Wahnfried, Fraktionsvorsitzender der SPD Bad Oldesloe und die beiden Vorsitzenden des Ortsvereins, Miriam Huppermann und Torben Klöhn, hatten unter dem Motto ‚Die SPD kommt! Aufs rote Sofa! Seien Sie dabei‘ eingeladen und boten den Gästen einen unterhaltsamen Rückblick auf die Highlights in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und einen Ausblick auf das Jahr 2020.

In meinem Grußwort ging ich auf Fragen des Klimaschutzes, aber etwa auch auf die zuvor bereits im Rahmen der Podiumsrunde diskutierte Rechtslage zu den Straßenausbaubeiträgen ein. Ich kritisierte die landesweit unter der Jamaika-Regierung eingeführte kommunale Freiwilligkeit zur Erhebung, die dazu führe, dass die Kommunen unter den Druck gerieten, keine Beiträge zu erheben. Dies führe zu

einem Rückgang kommunaler Gestaltungsräume und erschwere vorausschauende Infrastrukturpolitik.

Grünkohlessen der SPD Geesthacht

Auch die 11. Auflage des Grünkohlessens der SPD Geesthacht war rundum gelungen – nach leckerem Grünkohl wurde bis kurz vor Mitternacht geklönt. Knapp 90 Gäste begrüßte der neue SPD-Ortsvereinsvorsitzende, Julian Peemöller, im Dorfkrug Hamwarde: unter ihnen die Bürgermeister aus Geesthacht, Hamwarde und Wiershop und die Landtagsabgeordnete Kathrin Bockey. Auch viele Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden – vom NABU bis zur Liedertafel – waren der Einladung der SPD gefolgt.



Foto: Petra Burmeister

Auch mit Blick auf die Ereignisse in Thüringen nutzte ich mein Grußwort, die Anwesenden darin zu bestärken, dem Kompass entlang von Rechtsstaatlichkeit zu folgen und nicht nachzugeben.

Austausch am Gymnasium Wentorf

Der WPU-Kurs (Wahlpflichtunterricht) ‚Krisengebiete und Konflikte der Erde‘ des Gymnasiums Wentorf und ihr Lehrer, Herr Kaewel, hatten mich für den 18. Februar im Rahmen zweier Schulstunden eingeladen, um über aktuelle Politik und insbesondere auch den Klimawandel und notwendige Handlungsbedarfe zu diskutieren.



Klimaschutz wurde ebenso diskutiert, wie etwa das Zusammenwirken und das Abstimmungsverhalten der Koalitionsfraktionen oder Möglichkeiten eines eigenen

politischen Engagements – von der Schülerzeitung über Fridays for Future, Parteiarbeit bis hin zur Mandatstätigkeit.

Die Schülerinnen und Schüler nutzten die Gelegenheit zudem ausgiebig, um einen unmittelbaren Einblick in meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete zu erhalten und mir ihre Perspektiven zu vermitteln – es war ein sehr fruchtbarer Austausch.

Austausch zu Bauernprotesten mit örtlichen Landwirten

Die Situation der Landwirte in meinem Wahlkreis und der Bauernprotest standen im Mittelpunkt eines Gesprächs mit einer Gruppe von Landwirten rund um den Geesthachter Landwirt Peter Buhk. Das Treffen war auf Wunsch der Landwirte und auf Vermittlung des früheren Geesthachter SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Hans-Werner Madaus zustande gekommen und fand in Schwarzenbek statt.



Während des sachlichen Austausches, den wir fortgesetzt führen wollen, war auch viel Einigkeit gegeben: Landwirtschaft muss einen politischen Rahmen vorfinden, der es ermöglicht, von Landwirtschaft gut leben zu können bei gleichzeitiger Wahrung von Biodiversität, Tierwohl, Böden-, Gewässer- und Gesundheitsschutz. Es darf nicht sein, dass die Marktbedingungen zwischen Ökologie und Landwirtschaft einen Gegensatz erwirken.

Jahreshauptversammlung der SPD Bargteheide

Anlässlich der Jahreshauptversammlung der SPD Bargteheide am 24. Februar 2020 hatte mich der örtliche SPD-Vorsitzende, Mehmet Dalkilinc, für ein Grußwort und Bericht aus Berlin eingeladen.



Einen Tag nach der Bürgerschaftswahl im nahegelegenen Hamburg waren die Ergebnisse natürlich eines der Themen.

Zudem wurde erfragt, wie ich den innerparteilichen Prozess zur Parteivorsitzenden-Wahl erlebt habe. Eine Sammlung verschiedener Materialien zu meiner Team-Kandidatur mit Karl Lauterbach findet sich unter: <https://www.nina-scheer.de/kandidatur-fuer-den-parteevorsitz-2019>.

Darüber hinaus war auch das Wirken in der Großen Koalition Thema und wie mit unvereinbaren Positionen umgegangen wird. Zum einen müssen die Erfolge der SPD besser kommuniziert werden, zum anderen muss aber deutlich werden, wie die Position der SPD jenseits des Kompromisses aussieht, um den Menschen politische Orientierung zu geben – so einige Stimmen des Abends.

Lärmschutz für Ahrensburg

In den vergangenen Jahren sind die Fahrgastzahlen im Regionalverkehr zwischen Hamburg, Ahrensburg und Bad Oldesloe deutlich gestiegen. Da die bestehenden Gleise von Nah-, Regional- und Fernverkehr genutzt werden, kommt es oft zu Zugausfällen.



Die neue S-Bahnlinie S4, deren Inbetriebnahme nicht vor 2027 geplant ist, wird daher auf eigenen Gleisen fahren. Mit Blick auf die Fahrgäste und den Umwelt- und Klimaschutz begrüße ich dieses Vorhaben ausdrücklich. Zugleich wird damit aber auch der Güter- und Fernverkehr auf der Strecke zunehmen und somit auch mehr Lärm bedeuten – auch mit Blick auf das Vorhaben der Festen Fehmarnbeltquerung und die damit einhergehende Hinterlandanbindung. Für den dann zu leistenden Lärmschutz wird auch die Ausgestaltung von Bedeutung sein.

So war und ist es ein gemeinsames Anliegen aller Beteiligten, den Eingriff für das Stadtbild so gering wie möglich zu halten, um eine Zerschneidung der Stadt zu vermeiden. Mit dabei war der örtliche SPD-Landtagsabgeordnete Tobias von Pein, der verkehrspolitische Sprecher der Landtagsfraktion Kai Vogel, Ahrensburgs Bürgermeister Michael Sarach und der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Eckart Boege.

Förder-Notizen, Wettbewerbe & Aktionen

KfW Förderung in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn

Im Auftrag von Bund und Ländern hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Jahr 2019 insgesamt 4.654 Projekte in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn gefördert. Unter anderem sind das Investitionen im Bereich der Energiewende und der Energieeffizienz, Wohnen und Leben sowie Unternehmensgründungen.

Ich freue mich, dass es – auch durch stetige Hinweise auf Fördermöglichkeiten – gelungen ist, die Anzahl an Projekten im Kreis zu steigern.

	Herzogtum Lauenburg	Stormarn
Energiewende	1.084 Projekte mit etwa 46,8 Millionen Euro	1.183 Projekte mit etwa 65,5 Millionen Euro
Wohnen und Leben	929 Projekte etwa 28,7 Millionen Euro	234 Projekte etwa 31,3 Millionen Euro
Vorhaben Insgesamt	2.115 Vorhaben mit 105,3 Millionen Euro	2.539 Vorhaben etwa 150,6 Millionen Euro

Handy-Sammlung für die Umwelt



Effektiver Umwelt- und Klimaschutz kann ohne die Wiederverwendung und Kreislaufführung nicht gelingen. In Handys sind wertvolle Rohstoffe wie seltene Erden verbaut, deren Vorkommen nicht nur begrenzt sind, sondern deren Abbau mit Umweltproblemen und hohen Kosten einhergeht. Der Sammelinitiative der Deutschen Umwelthilfe (DUH) habe ich mich daher gerne angeschlossen und die Bürgerinnen und Bürger aus der Region

dazu aufgerufen, nicht mehr benutzte Handys in meinen Büros (in Ahrensburg und Geesthacht) abzugeben.

Die Aktion macht darauf aufmerksam, dass Handys, Smartphones und Tablets möglichst lange genutzt, wiederverwendet oder umweltfreundlich recycelt werden sollten. Laut DUH lagern allein in Deutschland 124 Millionen Althandys ungenutzt in den Schubladen.

Über die DUH-Sammelinitiative sind seit 2003 über drei Millionen ausgediente Handys zusammengekommen – dank der positiven Resonanz im Wahlkreis können wir nun zahlreiche Handys beisteuern!

Auch an dieser Stelle möchte ich allen Bürgerinnen und Bürgern danken, die hierzu einen Beitrag geleistet haben (und teilweise verwundert waren, wie viele alte Geräte in ihren Schränken noch schlummerten).

Bei jedem gespendeten Gerät wird nun geprüft, ob es sich noch reparieren und für eine weitere Nutzung aufbereiten lässt. Persönliche Daten werden – soweit noch nicht geschehen – dabei professionell und vollständig gelöscht. Sind Geräte nicht für eine Wiederverwendung geeignet, werden enthaltene Rohstoffe durch einen zertifizierten Recycler zurückgewonnen und Schadstoffe umweltgerecht behandelt.

Mit dem Erlöse aus der Handysammlung werden Umweltschutzprojekte in Deutschland unterstützt.

Über die Webseite *handysfürdieumwelt.de* können Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen alte Handys auch direkt für eine Wiederverwendung oder ein umweltgerechtes Recycling spenden.

Reinbek zeigt Gesicht



Zur Lebensgeschichte Anne Franks wird im Schloss Reinbek noch bis zum 29. März 2020 eine Wanderausstellung gezeigt. Begleitet wird die Ausstellung durch die Plakataktion ‚Reinbek zeigt Gesicht‘, an der ich mich gerne beteiligt habe.

Die Ausstellung des Anne-Frank-Zentrums Berlin wird gefördert durch das Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie Leben. Weitere Informationen zur Ausstellung finden sich unter: <https://www.schloss-reinbek.org/service/anne-frank-projekt/>

Pressemitteilungen im Februar 2020

- **26. Februar:** Sterbehilfe: Scheer begrüßt Klärung des BVerfG, vgl.: https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2020/02/2020-02-26-Sterbehilfe_Scheer-begr%C3%BC%C3%9Ft-Kl%C3%A4rung-des-BVerfG.pdf
- **16. Februar:** Scheer zum ELK: Schiffsgröße in Einklang mit nachhaltiger Entwicklung bringen, vgl.: https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2020/02/2020-02-16-Nina-Scheer_Schiffsgr%C3%B6%C3%9Fe-in-Einklang-mit-nachhaltiger-Entwicklung-bringen.pdf
- **10. Februar:** Scheer: Zahlreiche Projekte in den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg erhalten Bundesförderung, vgl.: https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2020/02/2020-02-10-Nina-Scheer_Bundesf%C3%B6rderung-in-den-Kreisen-Stormarn-und-Herzogtum-Lauenburg.pdf

- **7. Februar:** Nina Scheer und Deutsche Umwelthilfe sammeln gemeinsam Handys für die Umwelt, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-und-deutsche-umwelthilfe-sammeln-gemeinsam-handys-fuer-die-umwelt/>
- **6. Februar:** FDP muss sich zwischen Kooperation mit Nazis und Rechtsstaatlichkeit entscheiden, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/fdp-muss-sich-zwischen-kooperation-mit-nazis-und-rechtsstaatlichkeit-entscheiden/>

Nächste Termine und Veranstaltungshinweise vgl. unter www.nina-scheer.de

Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg

Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht



Foto: Jürgen Schneider



Foto: Petra Burmeister



Foto: Karen Bruns



Foto: Petra Burmeister

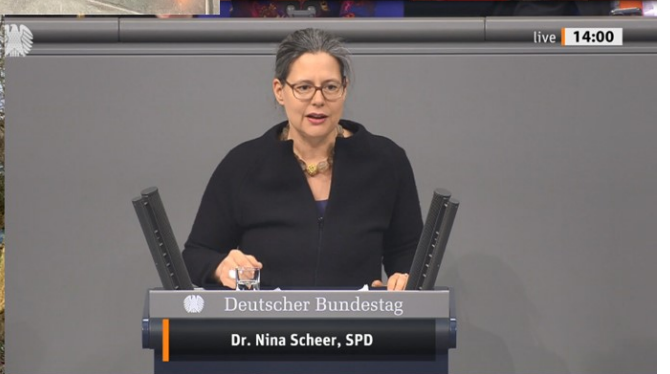


Foto: Jens Schicke

